

„Banken beuten die Steuerzahler aus“

FINANZKRISE Die Euro-Staaten hätten Griechenland keineswegs mit Garantien helfen müssen. Die werden im beschlossenen Umfang sowie so nicht fließen.

VON BERNHARD FLEISCHMANN, MZ

REGENSBURG. Die Banken und Großinvestoren haben sich mal wieder fein aus der Affäre gezogen und den europäischen Steuerzahlern die Rechnung hinterlassen. Nach Ansicht des Regensburger Volkswirtschaftsprofessors Jürgen Jerger ist bei der Rettungsaktion für Griechenland und die Euro-Stabilisierung keineswegs der beste Weg beschritten worden: Dass Griechenlands Probleme den Euro und die europäische Idee in Gefahr bringen, so wie es Kanzlerin Angela Merkel dargestellt hat, „ist Unsinn“, lautete Jergers eindeutige Analyse am Dienstagabend bei einem Vortrag auf Einladung der Regensburger Wirtschaftsjunioren. „Im Fall des Falles bekäme Griechenland die Drachme wieder und das Leben ginge weiter.“ Merkels Behauptung, es habe zu den insgesamt im Euroland gewährten Garantien von 750

Milliarden Euro (davon entfallen allein auf Deutschland mindestens 123 Milliarden) keine Alternative gegeben, bezeichnete Jerger als „Schwachsinn“.

Griechenland habe mehrere Optionen gehabt. Eine wäre ein Schuldemoratorium gewesen. „Eine Teilschuldung Griechenlands wäre klüger gewesen“, kritisierte der Spezialist unter anderem für Geldpolitik. Was wäre passiert, hätte man Athen pleitegehen lassen? Ein Teil der Staatspapiere wäre nicht mehr bedient worden. Hätte man sich auf fünf bis zehn Prozent geeinigt, wären schon einige Probleme gelöst gewesen, meint Jerger.

Garantien helfen den Gläubigern

Auch die große Gefahr für den Euro mag Jerger nicht in dem beschworenen Ausmaß erkennen. Nach seiner Analyse ist der Euro weiter stabil. Er sei mit 1,50 Dollar überbewertet gewesen und befinde sich jetzt auf einem fairen Niveau.

Stattdessen bestehen jetzt die unvorstellbar üppigen Garantien, die für den Steuerzahler teuer seien, weil damit allen Teilnehmern geholfen werde. Denn: „Die Garantien helfen nicht Griechenland, sondern den Gläubigern.“ Das Risiko sei auf die Steuerzahler verlagert worden. Die Politik habe den Finanzinstituten erlaubt, „alles,

was sie an Unvernunft begehen, beim Steuerzahler abzuladen“.

Die sollen notfalls für die gewährten Garantien geradestehen. Aber so weit werde es nicht kommen. Müsste Deutschland die 123 Milliarden Euro oder auch nur einen nennenswerten Teil davon bezahlen, dann „käme es zu gigantischen Revolutionen“, das Volk würde ein derartiges finanzielles Ausbluten niemals hinnehmen. Ebenso in den anderen beteiligten Staaten, die anteilig genauso stark engagiert sind. Eher würde die Euro-Zone zerbrechen, glaubt der Volkswirtschaftler. Jerger vermutet nebenbei, dass diese eilends gefassten Beschlüsse Ex-Bundespräsident Horst Köhler mit dazu bewogen haben dürften, neun Tage später zurückzutreten. Die Unterzeichnung dieser Gesetze dürfte ihm schwergefallen sein, glaubt Jerger.

Was nun? Der Professor wünscht sich von der Politik entscheidende Schritte, um „die massive Sozialisierung von Verlusten in der Finanzwirtschaft zu beenden“, denn: „Die Banken beuten die Steuerzahler aus.“ Entscheidend sei die Regulierung der Finanzmärkte mit neuen Eigenkapitalanforderungen, mehr Transparenz und einer Verkleinerung der Institute. Sie hätten die kritische Größe längst überschritten. Das sehe man auch daran,

„wie die Banken mit der Regierung umgehen“. Auch bei den Rating-Agenturen wäre mehr Transparenz erforderlich. Heute wisse niemand, nach welchen Kriterien die drei großen Agenturen überhaupt bewerten. Klar, denn wäre das bekannt, könnte es ja jeder machen und deren Geschäft wäre kaputt, bemerkt Jerger trocken.

Reiche profitieren von Schulden

Um den Euro zu stärken, sei die Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank entscheidend. Sie müsse die neuen umstrittenen Instrumente („die Büchse der Pandora ist offen“) sorgfältig gebrauchen. Der Stabilitätspakt müsse reformiert werden, die Sanktionen sollten weniger scharf („das funktionierte nicht und war unglaublich“), dafür aber auch angewandt werden. Jerger denkt an die Sperrung von EU-Fördergeldern oder den Entzug von Stimmrechten. Und: Die Staatsverschuldung sollte ernsthaft zurückgefahren werden. Im Übrigen auch aus sozialpolitischer Verantwortung: Denn wenn der Staat über seine Verhältnisse lebt, Sorge er in gravierendem Maße für eine Umverteilung des Vermögens von unten nach oben. Höhere Schulden produzierten höhere Zinsen. Die kassieren naturgemäß jene Bürger, die schon Geld haben.